

Bangladesch-Forum:

Frauen und Politik

Im Herbst 2005 schaffte Bangladesch wieder einmal den seltenen Sprung auf die Politikseiten deutscher Tageszeitungen. Der Grund lag in der Wahl Angela Merkels zur ersten deutschen Bundeskanzlerin. Bei dieser Gelegenheit forschten Journalisten nach Beispielen anderer Länder, deren Regierung ebenfalls von einer Frau geführt wird. In Bangladesch wurden sie fündig. Mehr noch: Auch die Oppositionsführerin und Vorgängerin der jetzigen Premierministerin ist eine Frau. Begum Khaleda Zia, die als Vorsitzende der Bangladesh Nationalist Party (BNP) seit 2001 wieder die Regierung führt, ist die Witwe des 1981 ermordeten Staatsoberhauptes General Ziaur Rahman. Scheich Hasina Wazed, Tochter des Staatsgründers und 1975 ebenfalls ermordeten ersten Präsidenten des Landes, Scheich Mujibur Rahman, steht der Awami League (AL) vor. Trotz der beiden Damen ist die Rolle der Frau auf der politischen Bühne in Bangladesch stark beschränkt. Eine aktive Teilnahme am politischen Prozess ist immer noch die Ausnahme.

Trotzdem sind in den vergangenen Jahren einige Fortschritte erzielt worden. So wurden Ende 1997 Frauen erstmals direkt in die knapp 4500 Gemeinderäte Bangladeschs gewählt. Die neuen Ämter veränderten ihre Identität in der bangladeschischen Öffentlichkeit. Mit ihnen gewannen diese Frauen in den ländlichen Regionen eine Stellung, in der sie das Leben der gesamten Gemeinde beeinflussen können.

Allerdings sind die Reaktionen der Öffentlichkeit auf Frauen in der Lokalpolitik nicht immer positiv. Vor allem religiöse Führer, Vertreter traditioneller Eliten und sogar Mitglieder der eigenen Familie kritisieren die Frauen für ihr politisches Engagement. Oft heißt es dann, sie würden ihre familiären Pflichten vernachlässigen.

Im Sommer 2005 ist die Zahl der für Frauen reservierten Sitze im Nationalparlament von 30 auf 45 erhöht worden. Neben der Opposition kritisieren auch unabhängige Frauenorganisationen, dass die weiblichen Abgeordneten weiterhin nicht direkt gewählt, sondern von den Fraktionen im Parlament bestimmt werden. Die oppositionelle AL hat sich deshalb sogar geweigert, die ihr zustehenden neun Mandate zu besetzen.

Von den Frauen, die ein öffentliches Amt angetreten haben, beklagen viele, dass ihr subjektives Sicherheitsgefühl abgenommen habe. Menschenrechtsorganisationen berichten, dass seit Ende 2001 immer mehr Frauen wegen ihrer Teilnahme am politischen Prozess und ihrem öffentlichen Auftreten angegriffen und beleidigt wurden. Betroffen sind nicht nur Abgeordnete in Stadt- und Gemeinderäten, sondern auch Mitarbeiterinnen von Nichtregierungsorganisationen und Mitglieder von Frauengruppen. Leider hat sich die Regierung zudem von ihrem Ziel, mehr Frauen in politische Ämter zu bringen und Frauenrechtsorganisationen zu unterstützen, entfernt.

Ansprechpartner: Niko Richter, Tel. 06441 –26585, E-Mail: richter@bangladesch.org